

Landtag

39. Sitzung vom 22. Mai 1987

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9.05 Uhr.)

Vorsitzende: Erster Präsident Sallaberger und Zweiter Präsident Hahn.

Schriftführer: Die Abgen Maria Kuhn, Hengelmüller, Leopoldine Pfäuser und Holub sowie die Abgen Mag Dipl Ing Regler, Mag Eva Petrik und Dr Neubert.

Präsident Sallaberger eröffnet die Sitzung.

1. Die Abgen Brosch, Czerny, Daller, Freitag, Glück, Haubenburger, Helmer, Jedletzberger, Prochaska, Putz, Elisabeth Schindler und Gertrude Stiehl sind entschuldigt.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Sallaberger folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 1238/LM/87): Abg Mag Eva Petrik an den Landeshauptmann:

Sind Sie bereit, als Präsident des Stadtschulrates für Wien, Vorsorge zu treffen, bei den Wahlen der Lehrervertreter in die Disziplinar- und Leistungsfeststellungskommissionen am 4. Juni 1987 die Briefwahl zu ermöglichen, wie dies bei den Personalvertretungswahlen bereits der Fall ist?

2. Anfrage (PrZ 1175/LM/87): Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz an den Landeshauptmann:

Sind Sie bereit, an den Bundesgesetzgeber heranzutreten, um eine Novellierung des Mietgesetzes dahingehend zu erwirken, daß bei einer grundlegenden Änderung der Einkommenssituation dies für Mieter von Sozialwohnungen der Stadt Wien einen Kündigungsgrund darstellt?

3. Anfrage (PrZ 1216/LM/87): Abg Hengelmüller an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz:

Wie weit sind die Arbeiten an einer nach der Bauordnung für Wien möglichen Spielplatzverordnung gediehen?

4. Anfrage (PrZ 1217/LM/87): Abg Reiter an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz:

Welche Aktivitäten werden von der Stadt Wien entfaltet, um das Niveau der Lenkerprüfung zu heben?

5. Anfrage (PrZ 1240/LM/87): Abg Hahn an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Stimmt es, daß es laut Zeitungsmeldungen zwischen Land Wien und dem Bund offensichtlich unüberbrückbare Auffassungen, betreffend die Finanzierung des Polizeiwachzimmers, 2, Am Praterstern, gibt, so daß das Land Wien angeblich Ende Mai nunmehr sogar die Räumung dieses Wachzimmers veranlassen will?

6. Anfrage (PrZ 1239/LM/87): Abg Dkfm Dr Wöber an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Aus welchen Gründen soll nunmehr im Rahmen eines neuen Vergnügungssteuergesetzes der Empfang ausländischer Fernsehprogramme

durch das Kabelfernsehen als „Vergnügen“ besteuert werden?

7. Anfrage (PrZ 1232/LM/87): Abg Dr Hirschall an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Welche Gespräche über die Veräußerung von Bundesanteilen an der Flughafen Wien BetriebsgesmbH wurden bisher mit Vertretern der Bundesregierung geführt?

8. Anfrage (PrZ 1219/LM/87): Abg Wimmer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:

Welche Schwerpunkte sind für die beabsichtigte Novellierung der WSG-Verordnung vorgesehen?

9. Anfrage (PrZ 1218/LM/87): Abg Kremnitzer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Stadtentwicklung:

Wie ist der letzte Stand der Planung der „B 3“?

3. (PrZ 1240/LAt.) Präsident Sallaberger teilt mit, daß die Abgen Dr Swoboda, Lustig und Ing Svoboda einen Antrag, betreffend eine Initiative des Landes Wien zu einer gesetzlichen Verankerung der Mitbestimmung im Wohnbereich durch Änderung im Mietrechtsgesetz, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung zu.

(PrZ 1239/LAt.) Präsident Sallaberger teilt mit, daß die Abgen Mag Dipl Ing Regler und Mag Kauer einen Antrag, betreffend Änderung der StVO-Regelungen, betreffend Radfahrer, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz zu.

(PrZ 1241/LAt.) Präsident Sallaberger teilt mit, daß die Abgen Dr Swoboda, Ing Svoboda und Mag Kauer gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend die Erhöhung der Anzahl der Mitglieder der Bezirksvertretungen und den Ausbau der Mitwirkung der Bezirksbevölkerung, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz zu.

Präsident Sallaberger teilt mit: Die Bezirksvertretung für den 1. Bezirk hat gemäß § 24 Abs 8 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen einen Resolutionsantrag an den Landtag gerichtet.

Der Landtag wird mit diesem Antrag ersucht, ein Gesetz zu beschließen, mit dem der Bundespolizeidirektion Wien die Mitwirkung an der Vollziehung folgender ortspolizeilicher Verordnungen übertragen wird:

1. Kundmachung, betreffend die Anlegepflicht von Leine und Beißkorb für Hunde,

2. Kundmachung, betreffend den Schutz der öffentlichen Parkanlagen.

Ich weise diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz zu.

Berichterstatter: Amtsf StR B r a u n

4. (PrZ 1149, P 1.) Der Abschluß der in der Beilage Nr 7 aus 1987 enthaltenen Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt und Nebenabrede wird gemäß § 139 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung genehmigt.

(Redner: Die Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz, Dr Hawlik und Dr Häupl, Amtsf StR Hatzl sowie die Abgen Ing Worm, Elisabeth Dittrich, Dr Neubert, Erich Huber, Mag Dipl Ing Regler, Kiendl und Dampier.)

(PrZ 1242/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz und Dr Hirnschall, betreffend die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bundesland Niederösterreich zur gemeinsamen Festlegung eines neuen Standortes für eine Müllverbrennungsanlage, wird der Landesregierung zugewiesen.

(PrZ 1243/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Dr Häupl, Outolny und Ing Riedler, betreffend Ausschöpfung aller kompetenzmäßigen Möglichkeiten um emissionsmindernde Maßnahmen in Wien einzusetzen, wird angenommen.

Der Schriftführer:



Berichterstatter: VBgm M a y r

5. (PrZ 1464, P 2.) Der zur Anpassung an die mit Wirkung vom 1. Jänner 1987 in Kraft getretene Kreditwesengesetz-Novelle 1986, BGBl Nr 325/1986, erfolgten Neufassung des § 23 der Satzung der Wiener Landes-Hypothekenbank mit folgendem Wortlaut:

§ 23: Einbringung der Bank.
Der Einbringung der Bank gemäß § 8 a des Kreditwesengesetzes wird zugestimmt.

Berichterstatter:
Amtsf StR Friederike S e i d l

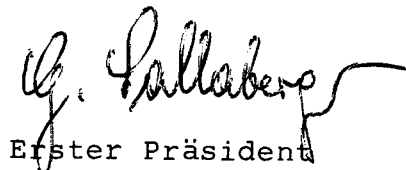
6. (PrZ 1513, P 3.) Der in der Beilage Nr 8 enthaltene Entwurf des Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Bauordnungsnovelle 1987), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: Die Abgen Dr Hirnschall, Dr Krasner, Haas und Dr Swoboda.)

(PrZ 1244/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Dr Swoboda und Oblasser, betreffend eine Änderung des § 85 Abs 5 der Bauordnung für Wien, wird den Ausschüssen für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie für Planung und Stadtentwicklung zugewiesen.

(Schluß um 15.19 Uhr.)

Der Vorsitzende:



Erster Präsident